

13.21

Bundesrat Mag. Reinhard Pisek, BA (FPÖ, Wien): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Finanzminister Schelling! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte bei diesem Tagesordnungspunkt auf die veröffentlichte Meinung zurückkommen. Die veröffentlichte Meinung wird ja heutzutage von Bundeskanzler Kern präsentiert. Er selbst hat gemeint, dass dieser Handwerkerbonus besser vermarktet gehört und Teil seines Wirtschaftsförderungsprogramms ist, seines New Deal.

Da darf ich eine Begriffskorrektur machen. Vor allem bei der ÖVP meint man jetzt, der New Deal sei eine Beziehungsgeschichte. (*In Richtung des Bundesrates Mayer:*) Nein, ist es nicht, denn New Deal ist eindeutig ein angelsächsisch determinierter Terminus. (*Zwischenruf des Bundesrates Mayer.*) Ich glaube, Herr Bundeskanzler Kern ist ein polyglotter und international sehr mobiler Mann, der sicherlich weiß, warum er diesen Begriff gewählt hat. Ich bin hundertprozentig sicher, er weiß es. Auf diesen Punkt komme ich dann später zurück.

Ich habe diesen Handwerkerbonus genau angesehen und möchte auf drei Punkte zurückkommen. Er ist a) ungerecht, er ist b) ein Bagatellbetrag und c) ist er kein Bestandteil eines New Deal, denn der New Deal des Herrn Bundeskanzlers Kern ist, wenn man sich genau damit beschäftigt, eigentlich ein very old deal.

Warum ist er ungerecht? – Diesen Handwerkerbonus muss man mit dem Handwerkerbonus in Deutschland vergleichen, den es bereits seit dem Jahr 2009 gibt und der vom dortigen Bundesrechnungshof bereits verifiziert, evaluiert und ausgewertet wurde. Man müsste also hier nicht unbedingt bis 2021, nicht fünf Jahre warten, wie es im Vorschlag dieses Gesetzes enthalten ist, sondern könnte gleich agieren.

Ich habe es gemacht und einen Vergleich Österreich/Deutschland angestellt: In Österreich ist ein Fonds von 20 Millionen € zur Verfügung gestellt, gedeckelt, mehr gibt es nicht. Pro privatem Haushalt ist er pro anno auf 600 € limitiert. In Deutschland gibt es den doppelten Betrag, 1 200 €, aber nicht limitiert, also ohne Grenze. Er zählt als Steuerbonus und ist damit für jedermann, der ihn in Anspruch nehmen möchte, zugänglich.

In Summe ist dieses Fördermodell in Deutschland mit 1,5 Milliarden € veranschlagt, bei uns pro anno mit nur 20 Millionen €. Wenn man das durchdividiert, dann kommt man drauf, dass der Bonus in Österreich für insgesamt 33 000 Personen zur Verfügung

steht. In Deutschland, wie gesagt, für jeden. Schaut man sich das genau an, zeigt sich, dass es insgesamt 1,2 Millionen Menschen in Deutschland möglich ist, diesen Handwerkerbonus in Anspruch zu nehmen.

Vergleicht man Österreich mit Deutschland und legt man das deutsche Modell auf Österreich um, dividiert durch zehn, kommt man zu dem Resultat, dass in Österreich 125 000 Personen den Bonus in Anspruch nehmen könnten. Das heißt, in Österreich erhält ein Viertel den Bonus, drei Viertel gehen leer aus. Das ist das Auswertungsmodell, wenn man sich die deutschen Zahlen, die von Bundeskanzlerin Merkel ausgewertet wurden, genau ansieht. Daher ist er ungerecht, da in Österreich drei Viertel leer ausgehen, in Deutschland aber jeder den Bonus erhält.

Warum ist es ein Bagatellbetrag, der definitiv nicht dem Wirtschaftswachstum dient? – Das IHS hat 2015 zu Recht gesagt: Er ist einfach nicht messbar, er ist eine vernachlässigbare Größe. In Deutschland hat man festgestellt – aber, wie gesagt, bei einem wesentlich größeren Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden € –, 70 Prozent sind Mitnahmeeffekt. Mitnahmeeffekt heißt nichts anderes, als dass Handwerkerleistungen von privaten Haushalten beauftragt werden, die auch beauftragt worden wären, wenn es diesen Handwerkerbonus nicht gegeben hätte; 30 Prozent dienen dann wirklich der Reduktion der Schwarzarbeit – aber wie gesagt: bei einem gesamten Stimulus von 1,5 Milliarden € und sicherlich nicht bei 20 Millionen €, wie es hier in Österreich ist.

Wenn man sich das – unter der Annahme, dass in Österreich alle 20 Millionen € in neue Aufträge und damit in das Volkseinkommen, in das Bruttoinlandsprodukt hineinfließen würden – ausrechnet, ergibt das eine Erhöhung von sage und schreibe 0,06 Prozent, also vernachlässigbar. Wir alle wissen, dass die Schwarzarbeit in Österreich zirka 15 Milliarden € beträgt, das sind Pi mal Daumen 5 Prozent des Volkseinkommens pro Jahr, also sind diese 0,06 Prozent wirklich in jeder Hinsicht vernachlässigbar. Bundeskanzler Kern meint, es ist eine Wirtschaftsförderung, dient dem Wachstum: Damit hat es definitiv nichts zu tun, die Schwarzarbeit wird es auch nicht reduzieren, und messbar ist es sowieso nicht.

Punkt drei, das ist für mich das Spannendste, ist der New Deal des Herrn Bundeskanzlers, den er hier als sein neues Wirtschaftsprogramm propagiert. Wie gesagt, er weiß sicherlich, was er damit meint. Der New Deal kommt aus den USA, jeder Präsident hat dort sein Wirtschaftsprogramm, das ist so üblich, es gibt den New Deal, es gibt den Great Deal, es gibt die Great Society, es gibt den New Federalism; jeder Präsident hat dort sein Programm, Obama, wie wir wissen, „Obamacare“;

Roosevelt hatte den New Deal. Der New Deal ist eindeutig konnotiert, ist eindeutig determiniert mit dem Wirtschaftsprogramm aus den 1930er Jahren.

Was ist das Wirtschaftsprogramm der 1930er Jahre? – Steuererhöhungen, Zentralismus, Aufbau der Verwaltung, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, starre Arbeitszeiten, keine Arbeitsflexibilisierung. Das ist das Wirtschaftsprogramm des New Deal. Und das möchte der Herr Bundeskanzler uns Gewerbetreibenden, uns Unternehmern aufoktroyieren? – Ich sage es gleich: Nein, danke, zu 100 Prozent, darauf kann ich verzichten!

Warum können wir in Österreich darauf verzichten? – Wir haben eine Steuerquote, die bei 50 Prozent liegt, wir haben eine Staatsquote, die bei 52 Prozent liegt. Die Staatsquote sind die Ausgaben aus dem Volkseinkommen. Jeder zweite Euro wird praktisch vom Staat wieder ausgegeben und damit den privaten Haushalten weggenommen und steht damit den privaten Investitionen auch nicht zur Verfügung. Wir haben Verwaltungsausgaben von beinahe einem Drittel aller Steuereinnahmen. **Das** ist der New Deal, den Herr Bundeskanzler Kern uns aufoktroyieren und womit er Wirtschaftswachstum generieren möchte.

Das Wirtschaftswachstum sollte man sich auch einmal anschauen. Warum ist es zwar – wie das WIFO möglicherweise richtigerweise als Prognose ausweist – bei 1,5 Prozent, obwohl die Arbeitslosigkeit steigt? Da ist ja keine Korrelation vorhanden, oder besser gesagt, man müsste sich genau anschauen, warum die Arbeitslosigkeit und das Wirtschaftswachstum steigen. Offensichtlich wurde falsch investiert. Wenn ich einen Kredit aufnehme und die Verwaltung aufblähe, steigt auch das Wirtschaftswachstum.

Das heißt, man müsste sich in Wirklichkeit die Investitionen ansehen, denn um die geht es, und das weiß die Bundesregierung: An den Investitionen wird sie gemessen werden. 90 Prozent aller Investitionen sind nicht öffentliche Investitionen – also private und damit nicht öffentliche –, nicht so, wie Bundeskanzler Kern uns weismachen möchte. Vielleicht ist er das von den ÖBB, von der Rail Cargo Austria gewohnt, das ist ein staatsfinanzierter Betrieb. Um das Wirtschaftswachstum wirklich real, echt und seriös ankurbeln zu können, sind Privatinvestitionen notwendig, und das sind, wie gesagt, 90 Prozent. Und daran hapert es! Daran hapert es, diese sinken und sinken und sinken.

Was bietet die Bundesregierung eigentlich der Unternehmenslandschaft, der jungen Unternehmenslandschaft, den Start-up-Unternehmen, natürlich auch den hier ansässigen und – es sollen ja auch welche akquiriert werden – den zukünftigen? Was

bietet sie, die Bundesregierung, damit diese privaten Investitionen angekurbelt werden? – Eine Steuerquote von 50 Prozent, eine Staatsquote von 52 Prozent! In einer internationalisierten Welt ist es nicht schwer, das Land zu verlassen, woanders hinzugehen, ein Unternehmen zu gründen und aufzubauen, wo man mehr Respekt, mehr Anerkennung für die Leistung und für die Ausführung seiner Unternehmenstätigkeit bekommt.

Nein, wir von der Freiheitlichen Partei, vor allem von der freiheitlichen Wirtschaft, lehnen das Programm des Herrn Bundeskanzlers Kern, diesen New Deal – genau diesen New Deal, um den geht es – hundertprozentig ab. Wir wollen auch keinen Schmach erzählt bekommen, dass der Handwerkerbonus für uns Gewerbetreibende etwas Förderliches ist; für die österreichische Bevölkerung ist er es schon gar nicht. – Vielen Dank. (*Beifall bei der FPÖ.*)

13.29

Vizepräsident Mag. Ernst Gödl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Poglitsch. – Bitte.